

Die „Weltmacht“
erschließt täglich Nachrichten aus
Sonnabend und ist durch die
Expeditoren, Rene Gumpert, 44,
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2.50,
pro Woche 20 Pf.,
Belegungsliste Nr. 1007.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren
Beträge für die einseitige
Belegung oder deren Raum
20 Pfennige, für Fortsetzung
Belegungsgebühren
10 Pfennige.
Insertate für die nächste Nummer
müssen bis 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 143

Montag, den 23. Juni 1902.

13. Jahrgang

Ehrenjungfrauen und Husarenleutnants.

Der Oberbürgermeister von Krefeld erhielt Freitag
Abend folgendes Telegramm:

Villa Hügel. Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers
und Königs soll Krefeld Garnison erhalten. Ich bitte,
baldige Vorschläge über Unterbringung eines Husaren-Regiments
in der Stadt und Schaffung eines Exerzierplatzes in der Um-
gebung anzugeben.

Diese Verlegung eines Husaren-Regiments bedeutet die
umgehende Einlösung eines Versprechens, das der
Kaiser nach der „Rhein-Westf. Ztg.“ den dortigen Ehren-
jungfrauen gegeben:

Bei seiner Abfahrt fragte der Kaiser die Ehrenjung-
frauen, ob sie auch nichts mit jungen Leuten
tanzten. Als ihm „nein“ antworteten, erklärte der Kaiser: „Dann muß ich Ihnen
einige herschicken“, und zum Schluß rief er noch halb-
voll: „Ich werde mein Wort einlösen.“

Nun haben die Ehrenjungfrauen ihre Leutnants!

Lange Gebete.

Folgende kleine Züge von den letzten Kaiserreisen ver-
dienen aufbewahrt zu werden:

In Aachen versicherte der Prälat Dr. Bellesheim:
„Für Kaiser und Reich beten wir hier Tag für Tag im
Kreislauf des Jahres. Diese Gebete werden begonnen,
wenn das Morgenrot dem Schloß der Frühe entsteigt,
sie setzen sich fort, wenn die Sonne ihre Höhe er-
reicht, und, Majestät, sie erkerben erst dann auf unseren
Lippen, wenn die Schatten des Abends empordämmern.“

Nicht für die Modernen.

Zu dem Bildhauer, der das Denkmal Friedrichs I. in
Mörs hergestellt, äußerte Wilhelm II.:

„Das Denkmal ist das einzige, das in letzter Zeit in Barock
angefertigt worden ist, was mir ausnehmend gefällt. Es ist in allen
Teilen wieder gelungen. Manche Bildhauer verhalten sich gut, in
Aachen und anderen Stellen zu arbeiten. Sie haben sich sehr gut
im Barock eingelebt. Man muß nicht modern denken;
man muß sich ganz in die Zeiten zurückversetzen und in ihr
denken können. Ich will sehen, daß ich Ihnen noch weitere
Aufträge geben kann. Während Sie an solch einem Werke ar-
beiten, müssen Sie immer in alte Schlösser gehen, den Barockstil
studieren und sich ganz in ihn hineinleben. Das ist famos. So
muß es sein! So leicht, man kann sagen, französisch!“

Politische Uebersicht.

Zwei reiche Arbeitstage hatte der Gewerkschaftskongress am Freitag und Sonnabend noch vor
sich. Freitag tagte die Versammlung bis Abends 1/2 11 Uhr.
Sonnabend Abend erfolgte der Schluß des Kongresses. Ueber
die Verhandlungen berichten wir heute und in den folgenden

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tyrol
von Robert Schwichel.

115] (Schluß des Vorigen.)
„Machet auch Ihr als guter Christ einen Strich durch Eure
Rechnung“, rief Jerg fort. „Die Jugend ist nun mal heißblütig
und hitzig.“
Lisei vermochte den boshaften Sinn seiner Worte nicht zu ver-
stehen, denn sie hatte mit Jerg über die Ursache seines Streites mit
Ambros nicht reden mögen. Der Alte aber sah bei seinen Worten
Afra bestimmet an und diese tief mit Verachtung in Ton und Blick
ihrem Stiefsohne zu:
„Was hast Du denn zu vergeben? Er hat Dich für Dein
Rästermaul geschickt und jetzt zeigt Du, daß Du das Leben nicht
werth bist, das Dir unser Herrgott gelassen hat.“
„Was ist denn los?“ fragte Jerg mit verstellter Bewunderung.
„Ich sammle feurige Kohlen an dem Ambros sein Haupt und dar-
für dreht jetzt die Frau Mutter den Spieß um. Merk' Dir's, Lisei,
wenn Du mal nicht leiden willst, daß der gute Namen von Deinem
Vater beschimpft wird. Ja, so geht's in der Welt.“
Der Vater hatte ihm mit aufwallender Heftigkeit in die Rede
hineingekniffen, daß er schweigen sollte. Er hatte sich aber nicht
fühen lassen und der Blick, den er bei der Apoptrophe an seine Braut
auf Afra geworfen, Lisei Alles verrathen. Sie begriff jetzt, warum
der Müller sich weigerte, Ambros zu verzeihen und der Gedanke,
daß er um die Untreue seines Weibes wüßte, spiegelte sich in ihren
Wangen wieder.
Afra stand wie herausfordernd da, die Arme unter dem Busen
gekreuzt und die vollen Lippen fest aneinander gedrückt. Ihre Augen
ruhten auf ihrem Manne und folgten ihm, als er jetzt mit einem
Seufzer nach seinem Lehnsstuhl ging und sich niederließ. Jerg hatte
sich gegen den Dien zurückgelehnt und betrachtete mit innerer
Schadenfreude die Anderen. Lisei trat nach kurzem Hörgen zu dem
Müller heran. Er richtete den gekrümmten Kopf auf und sagte, ehe sie
sprechen konnte:
„Ich will mich begnügen, Lisei, so schwer es mir wird, nicht
um meinetwillen.“ Seine Blide gingen nach Afra hin und er
wiederholte: „Nicht um meinetwillen. Ich bin ein alter Mann
und leg' mich wohl bald zur ewigen Ruhe hin. Das soll mein
Angebinde zu Deiner Hochzeit sein, daß ich dem Ambros seine
Schuld verzeihe, wie Gott uns Allen unsere Schuld ver-
geben mag.“
Er reichte Lisei die Hand und sie küßte sie und dankte ihm mit
Thränen in den Augen.
Die Braut Afra's mochte hoch auf; ihre verschönten Arme
streckte sie und sie wandte sich rasch dem nächsten Fenster zu und

Nummern unseres Blattes ausführlich. Hier theilen wir
nur die Worte mit, mit denen Genosse Bömelburg am
Sonnabend die Delegirten entließ:

Er spricht dem Stuttgarter Lokalkomitee den Dank des
Kongresses aus; die Delegirten werden Stuttgart nicht so bald ver-
lassen.

Die Erlebigung der Geschäfte des Kongresses habe gezeigt, daß
der Arbeiter immer mehr fähig werde, seine Interessen
selbst zu vertreten.

Auch haben wir dieses Mal nicht Gelegenheit gehabt, herbe
Worte über Posadowsky zu sprechen. Er hat einen Ver-
treter geschickt; ihn zu begrüßen, war die schwerste Aufgabe. Die
Herren sind uns auch künftighin willkommen, nur mögen sie
von Anfang bis zu Ende da sein, damit sie Alles hören. Auch
sonst könnten sie uns mehr hören; so würde es auf dem Gebiet der
Sozialpolitik anders werden.

Uns hat es nicht geschadet, daß die Regierungsvertreter hier
waren. Wir sind dieselben geblieben. Die deutsche
Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie sind
eins. Gegen den Vorkrieg haben wir eine Resolution beschlossen.
Abrechnen werden wir das nächste Jahr (bei den Reichstags-
wahlen. D. Red.). Die deutschen Gewerkschaften werden der Re-
gierung gegenüber sich nach wie vor auf den Standpunkt stellen:
Nieder mit dieser Vorlage!

Wir gehen jetzt auseinander, in dem festen Bewußtsein,
Tüchtiges und Gutes für die deutsche Arbeiter-
bewegung geleistet zu haben. Schwierigkeiten giebt es für uns
nicht; wir müssen sie überwinden. Wenn wir in 3 Jahren wieder
zusammenkommen, muß unsere Position noch stärker geworden
sein. Für uns giebt es keinen Frieden, nur Kampf. Ein dreifaches
Hoch der Arbeiterbewegung und der internationalen Solidarität! Der
Kongress ist geschlossen.

Unter dem Gesange der Arbeitermarzellaffe trennten sich
die Mitglieder des Arbeiterparlaments.

Ein großer Sieg!

Bei der gestrigen Nachwahl zum Gemeinderath
in Straßburg fielen von 21 zu besetzenden Mandaten
14 der Sozialdemokratie zu. Unsere Genossen ver-
fügen jetzt über 15 von insgesammt 36 Sitzen. Bisher hatten
wir nur 2 Sitze inne.

Alle Parteien hatten sich gegen die
Sozialdemokraten verbündet. Der Gemein-
derath wählt die Mitgliedschaft in den Landesauschüß, welchen
Herr v. Köller vor kurzem im Reichstage das beste deutsche
Parlament nannte, weil in ihm keine Rothen sitzen. Das
hat jetzt aufgehört.

Ja, Herr v. Köller, es wird immer düssler!
Ein Bravo unsern Straßburger Genossen.

Der Papst und die bayerischen Bischöfe.

Nach dem in jeder Beziehung glaubwürdigen Zeugniß des
Generalobersten von Loß hat der Papst diesem Spezial-
gesandten aus Anlaß des Papstjubiläums erklärt:

„Das Land in Europa, wo nach Zucht, Ordnung und Disziplin
herrsche, Respekt vor der Obrigkeit, Achtung vor der Kirche, und wo
jeder Katholik ungehört und frei seinem Glauben
leben könne, das sei das Deutsche Reich.“

Zwei Wochen vor dem Bekanntwerden dieser päpst-
lichen Aeußerung erließ die Konferenz der bayerischen
Bischöfe einen gemeinsamen Hirtenbrief,
der die Sachlage im feierlichen Schlußwort folgendermaßen
darstellte:

„Wir Katholiken sind in unserem bisherigen ruhigen
Besitzthum widerrechtlich durch zahllose und freche
Angriffe gefährdet und können nicht mehr wie bisher nur für
den Ausbau und die Anschmückung unseres Hauses Sorge tragen,
sondern sehen uns, da wir von keiner Seite den genügen-
den Schutz erhalten, gezwungen, das Schwert aus
der Scheide zu ziehen, um unser Heiligthum gegen die
anrüchelten Feinde zu vertheidigen.“

Diese Schilderung der angeblichen konfessionellen Be-
drängniß der Katholiken steht in schroffstem, unver-
söhnlichem Gegensatz zu dem, was der Papst
über die Lage der deutschen Katholiken ausgeführt hat.

Wer ist über Deutschland besser informiert: der un-
fehlbare Papst in Rom oder die bayerischen
Bischöfe in Deutschland?

Ein lex Heinze-Mann.

Ein Kaplan, Religionslehrer in
einer Volksschule zu Karlsruhe, hat den Knaben verboten, in
kurzen Hosen, den Mädchen, mit kurzen Ärmeln in die
Schule zu kommen. Acht Tage schwebte die ultramontane Presse zu
dieser Meldung eines Karlsruher Blattes. Jetzt erklärt das
Fraktionsorgan des Zentrums, der „Bayerische Beobachter“, der
Kaplan sei vollkommen im Recht.

Wir bemühen uns vergeblich, herauszufinden, wo denn in den
kurzen Hosen und kurzen Ärmeln das sittlich Verwerfliche
liegen soll. Es fehlt nur noch, daß die Kinder mit Fausthandschuhen
und maskirt in die Schule kommen, dann ist jede Gefahr der Er-
regung der Sinnlichkeit beseitigt.

Zolltariffkommission. In den maßgebenden Kreisen“ der
Zolltariffkommission des Reichstags wird die feste Hoffnung
geäußert, daß die erste Lesung des Zolltariffentwurfes in vier bis
fünf Wochen ihren Abschluß finden wird. Alsdann wird eine
längere Pause bis zur zweiten Lesung in der Kommission gemacht
werden. — Hoffi mir feste!

Gegen die Gefängnisarbeit. Unsere Genossen haben zum
Zolltariff in der Kommission folgende Resolution gegen die
Gefängnisarbeit eingebracht, die sich formell an die Positionen
431—433 lehnt: „Den Reichstagsratler zu ersuchen, einen Geset-
z entwurf, im Laufe der gegenwärtigen Session vorzulegen,
durch den unterlagert wird, in Straf-, Verforgungs- und Beschäf-
tigungsanstalten, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten oder
unterstützt werden, andere gewerbliche Arbeiten als solche für den
eigenen Bedarf, für den Bedarf des Reiches, eines deutschen
Staats- oder Gemeindeverbandes auszuführen und den Verkauf
gewerblicher Erzeugnisse für eigene Rechnung, für Rechnung des
Reiches, eines deutschen Staates oder eines Gemeindeverbandes zu
niedrigeren als den marktübigen Preisen stattfinden zu lassen.“

Fürstlicher Grundbesitz. Eine Korrespondenz theilt mit:
König Albert von Sachsen war von den deutschen Fürsten
der fünfzehnte Grundbesitzer, denn er besaß insgesammt
51 Güter mit einem Wald- und Feldareal von 31,000 Hektar.

Kaiser Wilhelm besitzt nach der neuesten amtlich be-
glaubigten Zusammenstellung der fürstlichen Besitzungen in Preußen
als reichster Grundbesitzer nicht weniger als 83 Güter im Gesamt-
umfang von 98,746 Hektaren und 651,631 Mk. Grundsteuer-
Reinertrag.

Es folgen dann der Fürst von Pleß mit 75 Gütern

geblieben war, zu sich genommen. In seinem Verhältnisse zu seiner
Gemeinde hatte sich jedoch nichts geändert. Allerdings hatte er den
Triumph gefeiert, daß der Dechant von Ebnese ihn in sein Amt
hatte einrücken lassen, dafür aber war er in der nächsten Nacht und
auch noch in einigen späteren durch einen Höllenlärm vor seinem
Haufe aus dem Schlafe geschreckt worden. Es war eine Musik von
Reihglöckern, Bratspannen und Weichtrichtern, die als Trompeten
dienten. Der Lärm hätte sich wohl noch häufiger wiederholt, wenn
Lacedelli nicht den guten Einfall gehabt hätte, am nächsten Sonntage
auf der Kanzel für die Ständchen sich zu bedanken. Er hatte zwar
nur wenig Zuhörer, doch wurde seine Aeußerung bald genug bekannt,
und seitdem hatte er Ruhe.
Um so geschlossener wurde der passive Widerstand gegen ihn;
denn Musikanten, der Bäcker und Fräulein, das Gamsmaul, der
Fischboarer blieben nicht unthätig, und immer zahlreicher wurden im
Vigiltale die Mitglieder des Bundes für die Befreiung des Vater-
landes. Lacedelli hatte nicht die leiseste Ahnung von der Existenz
dieser Verbindungen, ebenso wenig die Landjäger, obgleich kein Foh-
nopolis mit Dolch und Todtenkopf und schredlichen Schwüren und
Androhung blutiger Beuhme gegen die Verächter, wie sie sonst von
Verchwörung ungetrenntlich zu sein pflegen, die Mitglieder zum
Schweigen verpflichtete. Es war die merkwürdigste Verchwörung,
von der die Geschichte weiß, und trotzdem zuletzt an die sechs-
tausend Menschen und darunter viele Frauen im Geheimniß waren, so fand
sich dennoch kein Verächter unter ihnen, und der Ausbruch überraschte
die Bayern und Franzosen völlig unvorbereitet.
Der Anblick des Geistlichen unter seinen verfluchten Stod-
rofen legte auf Afra's Lippen die Frage: „Und Du willst
wirklich den Jerg Arigaya heirathen? Weißt Du, was das heißt,
mit Einem zusammenleben zu müssen, den Du nicht liebst, selbst
wenn er der beste Mensch ist?“
„Ich hör' es aus Deiner Frage heraus, wie schwer das sein
muß“, antwortete Lisei mild.
„Und dieser Jerg“, fuhr Afra erregt fort, „wie hast Du um
seinetwillen nur den Lechner aufgeben können, wenn er auch hundert
Mal ein Bayer ist?“
„Darauf hast Du doch gewiß nicht mit mir reden wollen?“
Lehnte Lisei die Fortsetzung des Gespräches über diesen Gegen-
stand ab.
Afra schwieg, und stumm gingen Beide, das obere Dorf ver-
meidend, über den Anger weiter. Der Mannwald nahm sie auf.
Lisei wandte sich links, ihren Schritt mehr und mehr verändernd, um
Afra zum Sprechen Gelegenheit zu geben. Diese schaute in die graue
Waldtiefe hinein. Durch sie hatte Ambros wohl seine Pflicht ge-
nommen, dachte sie, und es war ihr, als ob sie seine Gestalt in der
Ferne eben verschwinden sähe.
„Nein, von Dir hab' ich nicht reden wollen“, begann sie mit
einem Seufzer.

(Schluß folgt.)

2. Vollständiges Verbot der Kinderarbeit.
 3. Unterstellung der gesamten Heimarbeit unter die Kontrolle durch die Gewerbeinspektion.
 4. Erlass strenger Vorschriften über Einrichtung der Arbeitsstätten in der Heimarbeit.
 5. Verpflichtung der Arbeitgeber und der sogenannten Zwischenmeister, eine genaue Riste der von ihnen beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen und diese jederzeit den Beamten der Gewerbeinspektion zur Einsicht vorzulegen.
 6. Verbot der Heimarbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen und der Nacharbeit.
 7. Verbot der Heimarbeit in Häusern und Arbeitsstätten, in denen eine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist.
 8. Unterstellung der Heimarbeiter unter die gewerblichen Schiedsgerichte bei Streitigkeiten zwischen ihnen und den Arbeitgebern resp. Zwischenmeistern, die aus dem Arbeitsverhältnis entspringen sind.
 9. Erlass von Schutzbestimmungen und Spezialvorschriften nach der Natur der einzelnen Zweige der Heimarbeit.
 10. Verhängung strenger Strafen für Übertretung der gesetzlichen Vorschriften, für deren Einhaltung Arbeitgeber und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind.
 Um diesen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen und die Gesamtbedrohung auf die Gefahren der Hausindustrie aufmerksam zu machen, beauftragt der Kongress die Generalkommission, während der nächsten Reichstags-Session einen allgemeinen Heimarbeiterschutzkongress nach Berlin einzuberufen und die Reichsregierung und einzelnen Parteien des Reichstags dazu einzuladen.
 Ferner erklärt der Kongress es als eine Pflicht aller gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, thätig an der Organisation der Heimarbeiter und Arbeiterinnen mitzuarbeiten.
 Auf Vorschlag von Baepkow - Hamburg findet keine Diskussion statt.
 Ritter-Berlin erucht die anwesenden Regierungsvertreter, beim Bundesrat dafür einzutreten, daß die Heimarbeiter in die Krankenversicherung einbezogen werden.
 Die Resolution wird einstimmig angenommen. Es folgt nun der Punkt:

„Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung“
 Der Referent von Elm - Hamburg liest die folgende Resolution vor:

1. Der Gewerkschaftskongress erachtet es als Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde, Arbeitern Unterstützung zu gewähren bei Arbeitslosigkeit, welche weder durch Streiks oder eigenes großes Verschulden hervorgerufen ist; die Arbeitslosenunterstützung darf nicht den Charakter eines Almosen oder einer Armerunterstützung tragen und keinerlei Kürzung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter nach sich ziehen.

2. Als Voraussetzung einer allgemeinen Arbeitslosen-Versicherung fordert der Kongress das ungeschänkte Koalitionsrecht für alle Arbeiter heiderei in Gewerbe, Hausindustrie, Schiffahrt, Landwirtschaft, Staatsbetrieben und in häuslichen Diensten; die Gewährung der Rechtsfähigkeit an die beruflichen Organisationen, die Vornahme regelmäßiger Arbeitslosenversammlungen und die reichsrechtliche Regelung der Arbeitsvermittlung durch Organisation von Arbeitsbörsen, zu deren Erbauung und Unterhaltung die Einzelstaaten und die Gemeinden zu verpflichten sind.

3. Der Kongress verwirft jedes System einer Arbeitslosenversicherung auf anderer Grundlage als der freien Selbstverwaltung der Arbeiter und der Gewährung eines Reichszuschusses an Arbeitslosenunterstützung am Orte oder auf der Reise zählende zentrale oder lokale Berufsverbände.

4. Die Deckung der Kosten des Reichs-Arbeitslosenversicherungs-Zuschusses geschieht zur Hälfte aus Reichsmitteln, die andere Hälfte der Kosten ist durch die Berufsgenossenschaften zu decken. Je nach den Anforderungen für die einzelnen Berufe hat das Reichsversicherungsamts die durch die Berufsgenossenschaften zu zahlenden Beiträge festzusetzen, die von diesen auf dem Wege des Umlageverfahrens von den Arbeitgebern zu erheben sind.

Tischenbörfert-Berlin beantragt:
 An Stelle von Nr. 3 und 4 der Resolution v. Elm sind folgende Sätze einzufügen:

3. Im Interesse einer baldigen Einführung der Arbeitslosenversicherung empfiehlt der Gewerkschaftskongress die Zusammenwirkung der Krankenkassen, Ortsbehörden und Gewerkschaften, und zwar dergestalt, daß 1. durch Beitragszuschläge der Krankenkassen die notwendigen Einnahmen erzielt werden, 2. durch eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Ortsbehörden, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der Arbeitslosenfonds verwaltet wird, und 3. die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen in den Geschäftsstellen der Gewerkschaften erfolgt.

4. Der Gewerkschaftskongress behält sich weitergehende Vorschläge für die Zukunft vor, erucht jedoch die Arbeiterschaft von Deutschland und deren Vertretung in den Gemeinden und Parlamenten, fortgesetzt dahin zu wirken, daß für derartige Unterstützungs-zwecke aus öffentlichen Kassen erhebliche Zuschüsse geleistet werden und eine Zentralisation der Arbeitslosenversicherung auf dem Boden weitestgehender Selbstverwaltung der Arbeiterschaft in die Wege geleitet wird.

von Elm-Hamburg führt aus: Die Arbeitslosenversicherung ist auch vom Standpunkt der heutigen Gesellschaft wünschenswert. Greulich hat recht, wenn er in seinem Werk über Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis sagt, wenn das todtie Eigentum geschützt wird, so muß auch das einzieige Eigentum des Arbeiters, die Arbeitskraft des Arbeiters, geschützt werden. Es ist grundsätzlich notwendig, daß die Arbeitgeber zur Versicherung herangezogen werden, sie müssen ein Interesse an der mehr oder weniger großen Arbeitslosigkeit haben. Daß die Arbeiter an der Unterstützung der arbeitslosen Kollegen ein Interesse haben, ist längst praktisch entschieden. Es fragt sich, ist die Gemeinde oder der Staat geeigneter, die Versicherung in die Hand zu nehmen. Ich halte es für falsch, prinzipiell für eine Gemeindeversicherung einzutreten. Das Reich ist dafür geeigneter, wenn Gemeinden mit einer einzigen großen Industrie würden bei einer Kräfte gar nicht im Stande sein, die Versicherung der Arbeitslosen finanziell durchzuführen. Es fragt sich weiter, soll die Arbeitslosenversicherung obligatorisch oder nur fakultativ sein. Um die Frage der Kosten festzustellen, sind Zählungen der Arbeitslosen notwendig. Sollte die Reichsregierung diese Zählungen vornehmen, die deutschen Gewerkschaften würden ihr gerne dabei helfen. Sicher ist, daß es sich bei Arbeitslosigkeit um andere Dinge als bei Invalidität, Unfall oder Krankheit handelt. Die freiesten Arbeitslosen scheiden natürlich aus. Wir wollen auch keine notorischen Fäulnisse unterstützen. Was aber ist selbstverschuldeten Arbeitslosigkeit, was nicht selbstverschuldet? Wer entscheidet darüber? Urteile von Unternehmern sind gewiß nicht einwandfrei. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, festzulegen, wenn die Arbeitslosigkeit zu Ende ist. Will man sagen, Du mußt diese Arbeit übernehmen. Ist es möglich, den Arbeiter vom Norden nach dem Süden zu verschieben, ihn zur Arbeit unter ganz veränderten Bedingungen zu zwingen?

Der Gedanke einer Arbeitslosen-Reichsparcasse weisen wohl alle organisierten Arbeiter weit ab. Wir können uns eine Arbeitslosenversicherung überhaupt nur denken, die aufgebaut ist auf der Solidarität der gesamten Arbeiterschaft. (Sehr richtig.) Tischenbörfert macht den Vorschlag, die Arbeitslosen der Krankenkassenversicherung anzuschließen. Ich halte den Weg für ungangbar. Wir wissen nicht, wie die Krankenkassen-Gesetzgebung sich in Zukunft gestalten wird. Regierungsrat Hoffmann hat Vorschläge gemacht, die den Arbeitern die freie Selbstverwaltung nehmen wollen. Sie haben bei der Arbeiterschaft, als sie bekannt wurden, namenlose Entrüstung hervorgerufen. Ich sage, auch eine Arbeitslosenversicherung kann nur aufgebaut werden auf der breiten Grundlage der freien Selbstverwaltung der Arbeiter. Die deutschen Arbeiter haben das Recht, diese Selbstverwaltung zu verlangen, auf Grund dessen, was sie bisher auf diesem Gebiete geleistet haben. In den letzten zehn Jahren sind über acht Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben

worden. Wie viel Noth und Elend ist damit gemildert worden. Die deutschen Arbeiter haben damit die Bagabundage wirksam bekämpft. Die Reichsregierung sollte endlich einmal aufhören, die Gewerkschaftsklassen lediglich als Streiklassen zu betrachten. Sie sollte endlich einmal den Überglauben lassen, daß hinter jedem Streik die Hydra der Revolution lauert. Starke Organisationen verdrängen die Hydre des Streiks. Gut gefüllte Kassen steigern das Verantwortlichkeits-Gefühl der organisierten Arbeiter. Die Regierung sollte sich endlich entschließen, die Organisationen der Arbeiter von allen noch bestehenden Fesseln zu befreien. Dazu gehört vor Allem die Gewährung des Koalitionsrechts an alle Arbeiter, auch die Landarbeiter. Von Grund aus muß aufgebaut werden. Es wäre deshalb falsch, erst eine Arbeitslosenversicherung zu gewähren. Nein, umgekehrt: erst muß die Freiheit gegeben werden, Koalitionen zu gründen, dann kann man erst an die Arbeitslosen-Versicherung denken. Nur die frei organisierten Gewerkschaften können die Träger der Arbeitslosen-Versicherung sein. (Sehr richtig.) Die Regierungen müssen endlich anerkennen, was ist: daß nämlich die Arbeiter-Organisationen in der heutigen Gesellschaft eine unbedingte Notwendigkeit sind. Also die Gewerkschaftsbewegung nicht hemmen, sondern fördern, und ich bin nicht geneigt, irgend welche Kompromisse einzugehen, von denen ich glaube, daß sie das Bestehende, unsere Gewerkschaften, hemmen könnten. (Rebhaftes Beifall.)

Tischenbörfert begründet seinen Abänderungsvorschlag. Einigkeit herrsche über die Schwierigkeit der Lösung des Problems. Es geht viele Gewerkschaften, die von einem Eingreifen des Staates gar nichts wissen wollen. Ohne dieses Eingreifen werde es aber nicht gehen. Die verschiedensten Vorschläge seien gemacht worden. Volkswirtschaftliche Rechte der Arbeiter seien fast ausgeschlossen. Sympathischer heim. (Aachen.) Er könne im Wesentlichen die Elm'schen Sätze unterschreiben, obwohl er nicht glaube, daß die vollständige Koalitionsfreiheit u. die notwendige Voraussetzung einer Arbeitslosenversicherung sein muß. Nach seiner Meinung könne die Arbeitslosenversicherung praktisch in der Gegenwart nur in Angliederung an die Krankenversicherung durchgeführt werden. Die Selbstverwaltung der Arbeiter sei selbstverständlich. Der Elm'sche Vorschlag sei nicht durchführbar, er ist auch unbillig. Man könne von anderen Faktoren nicht Geld verlangen und ihnen das Dimeitreden verbieten. Sein Vorschlag habe für die nächste Zeit Aussicht auf Erfüllung, was beim Elm'schen Vorschlag nicht der Fall sei. Schon in den nächsten vier, fünf Jahren könne die Gesetzgebung in diesem Sinne beeinflusst werden. Wenn der Kongress praktische Arbeit machen wolle, müsse er seinen Vorschlag annehmen. (Verzögerter Beifall.)

Fräulein Jmle-Berlin befragt einen Antrag, in der Resolution am Schluß hinzuzufügen: „Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften als Vorbereitung eines solchen Reichszuschusses die Einführung resp. die Aushebung der Arbeitslosenunterstützung, um auf diese Weise die einzig annehmbare versicherungstechnische und organisatorische Grundlage der Staats-subsidien zu schaffen.“

Die Rednerin erläutert in längeren Ausführungen den Zusammenhang zwischen der Frage der Arbeitslosenversicherung und der Frage der Anerkennung und Durchführung der Tarife in den einzelnen Berufen. Sie erklärt den Vorschlag Tischenbörfert für einen Kompromiß, dem zugestimmt ihr unmöglich sei.

Reihel-Stuttgart erklärt, daß er wieder mit der Resolution Elm, noch der Resolution Tischenbörfert völlig einverstanden sei. Die Lösung der Frage sei sehr schwierig und er beantrage, eine Kommission zu wählen, die sich mit der Frage weiter beschäftigen solle. Der Vorschlag Tischenbörfert sei für ihn unannehmbar, da er bloßen Anzahlungsstellen der Gelder begräbe, aber auch der Vorschlag v. Elm gebe keinen praktischen Weg an.

Griem-Hamburg ist der Meinung des Vorredners, daß die Frage noch nicht spruchreif sei, und verlangt die Einsetzung einer ständigen Kommission zum Studium des Problems. Die Elm'sche Resolution erscheine ihm für heute und für die nächste Zukunft undurchführbar.

Reyhäuser-Leipzig ist der Meinung, daß dieser Kongress die Frage nicht zu lösen im Stande sei, dazu sei die Frage eben noch nicht reif. Er halte die Lösung nur in der Richtung des Elm'schen Vorschlags für möglich. Er könne keiner Lösung zustimmen, mit der eine Behinderung der freien Betätigung der Gewerkschaften verbunden sein könnte.

Frau Bies-Hamburg gibt an, daß der Elm'sche Vorschlag nicht von heute auf morgen durchführbar sei und polemisiert dann gegen die Tischenbörfert'sche Auffassung, daß es unbillig sei, Beiträge vom Reich und Unternehmern zu fordern, sie aber nicht dreinreden zu lassen. Wie stelle sich denn Tischenbörfert die Füllung des Staats-portemonnaies und der Unternehmernsbelege vor? Beide werden durch die Arbeiter gefüllt, deshalb sei die Forderung der Heranziehung der beiden Kategorien zu den Kosten berechtigt. Sie empfiehlt die unveränderte Annahme der Resolution v. Elm.

Tischenbörfert spricht noch einmal für seinen Vorschlag. Versicherungstechnische Schwierigkeiten gebe es überall, bei seinem wie dem v. Elm'schen Vorschlag. Der feimige sei der praktische, in der Gegenwart durchführbare. Man dürfe nicht überschwängliche, sondern erreichbare Forderungen aufstellen. Frau Bies habe gefragt, wer fülle die Portemonnaies des Staates und der Unternehmer? Das stehe auf einem ganz anderen Brett. Niemand sei es aber Mode, auch bei den Arbeitern nicht, daß Gelder hergegeben werden, in deren Verwaltung diejenigen, die sie hergeben, nichts drein zu reden haben.

Robert Schmidt-Berlin: Ich finde nichts Ueberschwängliches in den Forderungen der Resolution Elm. Ich dieses Gefühl zu haben, muß man sehr bescheiden sein in sozialpolitischen Dingen. Freilich, in der nächsten Zukunft werden sich die Elm'schen Forderungen nicht erfüllen lassen. Das Umgekehrte ist aber bei Tischenbörfert's Resolution der Fall. (Sehr richtig.) Auf den Grundgedanken aber können wir uns einigen, daß die Gewerkschaften der wesentlichste Träger der Arbeitslosenversicherung seien, daß Reich und Unternehmer zu den Kosten herangezogen werden müssen.

Göller-Frankfurt a. M.: Die Voraussetzung für eine Arbeitslosenversicherung ist eine vollständige Reorganisation unseres Kranken-kassenwesens. Der Elm'sche Vorschlag hat in den nächsten zehn Jahren keine Aussicht auf Realisierung. Die herrschenden Klassen würden uns Selbstverwaltung nur in dem Umfang zugestehen, als wir zu den Kosten beitragen. Die Frage erscheint mir noch keineswegs spruchreif. Wichtiger erscheint mir vorerst ein Ausbau unserer Krankenversicherung. Soll hier überhaupt ein Beschluß gefaßt werden, so kann es nur der sein, daß wir allen Gewerkschaften die Einführung der Arbeitslosenversicherung zur Pflicht machen. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-sitzung.

Legien eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß den Verhandlungen der zweite Bürgermeister Stockmayer von Stuttgart beizuwohnt. Es wird in der Diskussion über den Punkt „Arbeitslosenversicherung“ fortgeföhren.

Ritter-Berlin befragt einen Vorschlag zur Resolution Elm, wodurch ausdrücklich ausgesprochen wird, daß die Gewerkschaften die Träger der Arbeitslosenversicherung sein sollen, ohne daß die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften irgendwie eingeschränkt werden dürfte.

Grellig-Büding bittet ihm das Wort zu gestatten, da er sich mit der Arbeitslosenversicherung sehr intensiv beschäftigt habe. Es sei von versicherungstechnischen Grundfragen gesprochen worden. Diese seien für die Arbeitslosigkeit gar nicht oder sehr schwer zu lösen. Der Grad der Arbeitslosigkeit in einem gegebenen Moment sei zweimal in Deutschland festgestellt worden. In einer Grundfrage für die Verbesserung tauge das aber nicht aus. Die rapide Entwicklung der Technik und der gesammten Industrie lasse solche Grundlagen sehr schwer gewinnen. Das gelte von der obligatorischen

Versicherung. Ganz anders stehe es mit der fakultativen. Die Gewerkschaften können für ihre Mitglieder, die sie kontrollieren, Versicherungen einführen. Der Staat werde sich kaum dazu verstehen, Garantien zu übernehmen für die volle Befriedigung der Ansprüche wegen Arbeitslosigkeit. Deshalb erscheine ihm der Antrag Tischenbörfert garnicht gangbar. Es sei merkwürdig, daß der Sozialdemokrat Elm zur Reichsregierung mehr Vertrauen habe als der Nationalsozialist Tischenbörfert. Aber das Vertrauen Elm sei in der That nicht von der Hand zu weisen. Es sei doch garnicht ausgeschlossen, daß der Staat sich bereit erklärt, gegenüber dem schwereren sozialen Uebel der Arbeitslosigkeit mit Unternehmungen einzugreifen. Der Staat kann die Würdigkeit des Einzelnen, der Unterstützung erhalten soll, nicht prüfen, er braucht dazu sachverständige Organe, und hier kommen in der That in erster Linie die Gewerkschaften in Betracht. Ich finde aber zwischen dem Vorschlag Tischenbörfert, soweit er die Ortsbehörden und die Krankenkassen in Anspruch nehmen will, nicht den kontradictorischen Gegensatz, den wohl beide Herren als vorhanden annehmen. Man könnte vielleicht beide Vorschläge verbinden, vielleicht könnte man auch an die Einzelstaaten denken. Der Kongress solle nur Forderungen an die Regierung stellen, freilich diese Forderungen genau überlegen und formulieren. Dazu sei eine Kommission erforderlich.

Reihel-Stuttgart (Gardarbeiter-Verband): Ich habe das Gefühl, daß wir etwas verzögert an die Arbeitslosenversicherung herangegangen sind. Würde die Resolution von Elm angenommen, so würde das für die Gewerkschaften ein Grund sein, die Arbeitslosenversicherungsfrage bei Seite liegen zu lassen. Das ist für mich die gefährliche Seite der Sache. Die Gewerkschaften müssen vorerst alle die Arbeitslosenversicherung einführen und ausbauen. Das muß ausdrücklich ausgesprochen werden. Deshalb muß der Antrag Jmle angenommen werden, am besten muß der Aufforderung an die Gewerkschaften selbst, Arbeitslosenversicherung einzuführen, der Resolution vorangestellt werden. Ich halte im Uebrigen die Resolution Tischenbörfert für praktisch als diejenige von Elm. Ich bin bereit für Angliederung an die Krankenkassen als an die Berufsgenossenschaften. Die Durchführung des Vorschlags Tischenbörfert halte ich für leichter. Ich bin also für Annahme der Resolution Tischenbörfert, wenn heute überhaupt schon ein Beschluß gefaßt werden soll. Ich rathe Ihnen, nicht übereilt vorzugehen und nicht Beschlüsse zu fassen, die nach kurzer Zeit schon wieder geändert werden müßten.

Worinmündungen liegen nicht mehr vor. **Elm** hält sein Schlußwort. Er wendet sich gegen die Einsetzung einer Kommission. Man könne doch nur allgemeine Grundzüge aufstellen. Mit dem Antrage Jmle sei er einverstanden. Er habe die Forderung des Ausbaus der Arbeitslosenversicherung innerhalb der Gewerkschaft für selbstverständlich gehalten und sei deshalb nicht in die Resolution aufgenommen. Er sei jünger gegen eine Reichsarbeitslosenunterstützung gewesen, er halte sie auch heute nur unter der Voraussetzung für gut, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Wert der Arbeitslosenversicherung erkannt haben. Das sei heute der Fall. Ihm sei die Hauptsache, daß heute schon der Regierung der Weg gezeigt wird, auf dem die organisierten Arbeiter sie haben wollen. (Sehr richtig.) Die Gewerkschaften haben die Arbeitslosenversicherung eingeführt, nicht um dem Staat eine Pflicht abzunehmen, sondern weil sie ihren Wert für uns erkannt haben, weil sie eine Stärkung für unsere Leute bedeuten. Man hat auf die Unorganisierten hingewiesen. Zunächst kommt für mich die Organisation, darin ist auch das Jützerse der Unorganisierten mitbegründet. Wir sind bis jetzt sehr gut ohne getrennte Fonds gefahren. Würde der Vorschlag Tischenbörfert angenommen, so würden wir getrennt verpflichtet werden, die Fonds getrennt zu halten und den Fonds für Versicherungszwecke völlig unangehört lassen müssen. Ich meine, für die Unorganisierten können andere Leute als die Organisierten sorgen. Man hat das Schlagwort von der praktischen Gegenwartsarbeit gebraucht. Ich bin gewiß sehr für praktische Gegenwartsarbeit, man treibt aber oft damit Unfug. Ohne Koalitionsfreiheit können die Arbeiter keine für sie brauchbare Arbeitslosenversicherung erlangen. In der Frage des Koalitionsrechts giebt es für mich nicht die Möglichkeit eines Kompromisses. Fräulein Jmle hat schon auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die die Angliederung an die Krankenkassen mit sich bringt. Reihel ist gegen die Heranziehung der Berufsgenossenschaften, weil damit der Widerstand des Unternehmertums gegen die ganze Versicherung nur gereizt wird. Das Unternehmertum ist so und so gegen den Gedanken einer Arbeitslosenversicherung. Für mich ist die Heranziehung der Arbeitgeber eine grundsätzliche Frage. Werden sie aber herangezogen, so können sie nur jeder nach seinem Theile an den Lasten herangezogen werden. Ich vertraue nur auf unsere eigene Kraft, nicht auf das Gerede der Unternehmer, nicht auf Resolutionen von unserer Seite, sondern nur auf unsere wirtschaftliche Macht. Mag noch lange Zeit bis zur Erfüllung unsees Ziels vergehen, es ist von großem Werth, heute schon die Richtung anzugeben, in der wir uns die Verwirklichung einer Arbeitslosenversicherung denken. (Beifall.)

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt. Die Resolution v. Elm mit den Abänderungsanträgen des Fräulein Jmle wird gegen 8 Stimmen angenommen. (Schluß der Nachmittags-sitzung in nächster Nummer.)

lokales und Provinziales.
 Breslau, den 22. Juni 1912.
 Die Stadtverordneten-Versammlung hat für ihre nächste am Donnerstag, den 26. Juni tagende Sitzung wieder eine große Reihe Vorlagen, doch ist keine davon von besonderer Bedeutung, mit Ausnahme der Vorlage, welche den Bau eines neuen Wasserthurms fordert. Dieser soll im Süden der Stadt auf dem Platz vor der Straße 35 und der Platanenallee (Kleinburg) in der Höhe der Hohenzollernstraße errichtet werden, wird 2000 Kubikmeter Wasser fassen und 435,000 Mark kosten. An dem Filial-Armen-haus Schulgasse soll mit einem Kostenaufwand von 34,000 Mark ein Anbau errichtet werden. Die Restauration zur Schweizererei im Scheitniger Park soll elektrische Beleuchtung erhalten, Kosten: 17,000 Mark.

Mit 7500 Mark Kosten soll der Promenadenweg an der Thiergartenstraße gepflastert werden. Außerdem stehen auf der Tagesordnung eine Anzahl ältere Vorlagen, die von den Ausschüssen zustimmend begutachtet wurden, weiter Anträge auf Bewilligung von Staatsüberreitungen, Miethsachen u. s. w.

Die Stukkateure Breslaus haben die Sperre über die Firma Simlinger und Gohde verhängt, weil dieselbe den Tarif nicht eingehalten hat. Zu diesem Schritt sind die Gehilfen gezwungen, nicht nur in Rücksicht auf ihre Kollegen, sondern auch auf die übrigen Meister, denen sie das Versprechen gegeben haben, überfall für die Einhaltung der vereinbarten Lohnsätze zu sorgen. Die oben genannte Firma hat sich also als Feindin der Arbeiter und der Konfirrenzfirma behätigt.

Die vielgerühmte Badeeinrichtung für Arbeiter auf der Wolheim'schen Werft steht den Angestellten nicht umsonst zur Verfügung, wie ein hiesiges Blatt fälschlich berichtete, sondern leider nur gegen Erlösung von 15 Reichspfennigen. Mit sehr beschränkter Beschäftigung ist es, die dabei geübt wird.

Spoßtschlicht ist der Weg, den die Arbeiter der Maschinenbauanstalt Breslau in Wochern häufig mehrere

Male gehen müssen. In den letzten Wochen versank man förmlich im Schmutz.

Der Dreischraf als Erzähler. Je schneidiger preussische Gerichte mit Angeklagten und Zeugen zu verfahren pflegen...

Der Dreischraf hat übrigens seinem Leiborgan, der „Staatsbürger-Zeitung“, nach geschehener Verurteilung folgenden Kras gesendet: „Gleich nach der Sitzung habe ich dem Sanitätsrath Dr. Neumann eine Pistolenforderung übersandt...“

Das Blatt bemerkt dazu: „Die auspunktirten Schlussfolgerungen haben wir aus preßgesetzlichen Gründen nicht gebracht.“

Oberschlesische Höflichkeit. Der königliche Revierbeamte und Vorsitzende des Vergewerbegerichts in Reuthen O.S. sieht, wie eine uns vorliegende Postkarte zeigt, auf dem Standpunkte, daß einem Schlepper die Bezeichnung „Herr“ auf einer Adresse nicht zukommt.

Das oberchlesische Lehrerparadies. Am 28. Mai d. J. beschloßen die Gemeindevorsteher zu Klein-Dombrowka den an der Volksschule amtierenden Lehrern eine ansehnliche Gehaltserhöhung zu gewähren.

Das Hochwasser. Eine Menge schlimmer Nachrichten kommen aus dem oberen Stromgebiete der Oder und ihrer Nebenflüsse.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Menae Vieh, auch ein Kind, sind dem nassen Element zum Opfer gefallen. Die Eisenbahnbrücke bei Büstitz wurde von den Fluthen fortgerissen.

Ein großer Kohlentahn mit 3400 Zentner Ladung ist vergangene Woche in der Nähe von Kolof gesunken. Die Hälfte der Ladung wurde von der starken Strömung fortgeschwemmt.

Unfälle. Als ein Schlosserlehrling in einer Fabrik auf der Hochstraße bei dem Einportwinden einer Maschine mittelst Flachsenagels beschäftigt war, gerieth er mit dem linken Arm zwischen die Ketten des Flachsenagels.

Schwerer Unfall. Am 19. d. M., Nachmittags, stürzte ein Hausbälter in einem Hause auf der Einhornstraße aus dem ersten Stock die Treppe hinab und erlitt einen Schädelbruch.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängniß wurden am 20. d. Mts. 31 Personen eingeliefert.

Die Zimmerer hielten am Sonntag Vormittag im Saale des „Gewerkschaftshauses“ eine monatliche Besuche Mitglieder-Versammlung ab.

Unter Verbandsangelegenheiten kam zunächst die Aufsperrung auf dem Zimmerplatze von Günther u. Saller zur Sprache. Der Firma ist es gelungen, einige 40 Arbeitshilfen zu finden, unter ihnen leider auch etwa 4 organisierte.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

Als Karibor wird der „Schlesischen Zig.“ berichtet: Alle Fabriken am linken und rechten Ufer leben unter Wasser.

welche dicht neben der Erbschlagenen ging, wurde bei der Katastrophe vier Meter weit fortgeschleudert, kam aber mit dem nicht Schaden davon. Deutscher Sozialistenprozess.

Neueste Nachrichten. Gewalt gegen Gewalt. Auf den Gouverneur von Charlott, Fürst Dholenski, wurde neuerdings ein Attentat verübt.

Gewerkschaftshaus. Montag, den 23. Juni: Schuhmacher-Verein. Zimmer Nr. 1.

Dienstag, den 24. Juni: Staffkatur-Versammlung. Zimmer Nr. 1.

Mittwoch, den 25. Juni: Arbeiter-Radfahrer-Verein. Zimmer Nr. 1.

Donnerstag, den 26. Juni: Handels- und Transportarbeiter-Verein. Zimmer Nr. 2.

Freitag, den 27. Juni: Der Saal ist noch frei.

Montag, den 23. Juni: „Der Salontyroler“.

Polster-Werg. Hochhaare, Nagars, Indiasaler, Alpengras, Seegras, Federn, Möbelschmir, Gurte, Bindfäden, Stränge, Seile, Wäscheleinen, Hängebattens, Neße, Taschen, empfängt billigst 249.

Jul. Moritz, Sella, Meister, 249, 30.

Gefunden. 1075 Mt., feinste Anzüge nach Maß 18 Mt. 836.

Anzugsfabrik Wallstr. 17a. 11.

Sonntag nur von 11-2 Uhr.

Zeltgarten. Heute Montag: Auftreten der Original-Leipziger Quartett- und Concert-Sänger.

Gr. Korschler-Concert. Entree 10 Pf.

Dominikaner. Heute Montag: Grosses Korschler-Concert.

Freitag, den 27. Juni, Abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des „Gewerkschaftshauses“.

Sitzung. Tages-Ordnung: 1. Die Beschlüsse des Gewerkschafts-Congresses. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes.

5 Pfg. Sumatra-Cigarren. prachvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack.

Cigarren-Fabrik E. Lampe, vorm. A. Kirchner. Fabrik und Haupt-Geschäft: Breslau, Rosaplatz 11, am Odeuthorbahnhof.

Neu eröffnet! Breslauer Möbelhaus „Friedrich Wilhelm“.

Friedrich-Wilhelmstr. 4, (dicht am Königsplatz).

Heinrich Beck, Möbel-Tischlerei.

Alle Tischler- u. Lapazier-Arbeit.